

GRÜNES SOMMERFEST



IM SCHULBIOLOGIE
ZENTRUM
Seite 3

WAS IST PARKOUR?



INTERVIEW MIT
MAURICE KAISER
Seite 6-7

KIOSKTOUR DURCH DIE NORDSTADT



MIT CLAUDIA &
SVEN
Seite 13

GRÜNE SEITEN



MITTEILUNGSBLATT VON BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN IN DER REGION HANNOVER • SEPT 2012

FINANZAUSGLEICH

SOLIDAR-REGION 2.0

Die Finanzsituation der Städte und Gemeinden ist seit Jahren angespannt. Das Verhältnis zwischen den Einnahmen und Ausgaben der niedersächsischen Gemeinden und Landkreise ist seit 1990 nur sechs Mal positiv gewesen. Das Defizit summiert sich auf 5,5 Milliarden Euro.

Innerhalb der Region Hannover ist die Lage im Einzelnen sehr unterschiedlich. Die Steuerkraft pro EinwohnerIn bei der finanzstärksten Gemeinde ist 2,6-mal so groß wie bei der schwächsten. Zwar haben die Gemeinden wegen unterschiedlicher Aufgaben auch einen unterschiedlichen Finanzbedarf. Dabei schafft der niedersächsische Finanzausgleich einen gewissen Ausgleich. Dennoch sind die unterschiedlichen Schuldenstände - immerhin zwischen 29 und 2.086 Euro je EinwohnerIn - auch strukturell bedingt und können nicht nur auf unterschiedliches Ausgabeverhalten zurückgeführt werden.

Wir wollen dem Auseinanderdriften in arme und reiche Kommunen in der Region entgegenwirken. Die Region hat die Aufgabe, für einen solidarischen Ausgleich der Lasten zu sorgen, und zur Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse beizutragen. Eine erste erhebliche Entlastung der Kom-

munen hat die künftige Finanzierung der Alters-Grundsicherung durch den Bund gebracht. Davon profitiert die Regionskasse als bisheriger Kostenträger, auch wenn im Rahmen des Finanzausgleichs ein Teil zu Gunsten der Städte und Gemeinden verrechnet wird.

Der Regionspräsident hatte im Mai einen Vorschlag zur Neugestaltung der Finanzbeziehungen in der Region vorgelegt. Er beruhte auf drei Säulen. Die Regionsumlage sollte um 25,6 Millionen Euro auf den Stand von 2008 sinken. Gleichzeitig sollten innerhalb von vier Jahren 100 Millionen Euro und damit rund ein Viertel der Liquiditätskredite der Region getilgt werden. Eine dritte Säule sollte eine Förderung besonders finanzschwacher Kommunen sein, die allerdings sehr vage und ohne konkrete Summe - vornehmlich zielte sie auf Projektförderungen.

Die Auswirkungen des Vorschlags sind in unserer Partei sehr kontrovers diskutiert worden, weil eine lineare Senkung der Regionsumlage naturgemäß den größten Zahlern die stärkste Entlastung bringt und gleichzeitig die solidarische Förderung nur in untergeordneter Größenordnung möglich schien. Demgegenüber wurde eingewandt, dass in der Vergangenheit in

den Kommunen sehr unterschiedlich Haushaltskonsolidierung betrieben worden sei und die Förderung ausgewählter Gemeinden daher zu Verzerrungen führe.

Die Regionsverwaltung hat das Konzept daraufhin erneut verändert. Nun möchte sie die einzelnen Hebesätze der Regionsumlage differenziert absenken. In der Folge ergäbe sich eine anteilig größere Entlastung für diejenigen, die geringere Steuereinnahmen haben. Gleichzeitig soll das Gesamtvolumen der Senkung auf 38,6 Millionen Euro steigen. In der Proberechnung ergeben sich Entlastungen zwischen 2,6 und 10,8 Prozent.

Dieser Vorschlag - entwickelt in den Reihen der Bürgermeister - liegt im Wesentlichen auf der im Parteirat diskutierten Linie und hat den großen Charme, dass es keinen Streit um die Kriterien der solidarischen Förderung gibt. Stattdessen orientiert sich die Entlastung ausschließlich an den realen Einnahmemöglichkeiten der Städte und Gemeinden.

DORIS KLAWUNDE
dorisklawunde@aol.com



EDITORIAL



ENNO HAGENAH, FINANZDEZERNENTIN ANDREA FISCHER, DORIS KLAUNDE UND RAOUL SCHMIDT-LAMONTAIN

Liebe Freundinnen und Freunde!

Wie kurzlebig sind doch die politischen und technischen Wahrheiten in der Region. Noch vor zwei Monaten wurde von ÜSTRA und Regionsverwaltung ein Konzept für Hochbahnhaltestellen für die Linie 10 in Hannover in einer aufgeheizten politischen Debatte gegen die Stimmen der Grünen durchgedrückt und heute ist plötzlich nichts mehr klar und kein Standort abschließend untersucht. Offenkundig sind die unverrückbaren Tatsachen von gestern nur unbewiesene Behauptungen zur Durchsetzung

der Unternehmensmeinung gewesen. – Seriöse Verwaltungsarbeit, die wirklich nach der besten Lösung sucht sieht anders aus!

Aber wenden wir uns von den Auseinandersetzungen von vorgestern dem Neustart für den Finanz- und Gebäudewirtschaftsbereich der Region zu. Der grüne Vorschlag für die Besetzung des neuen „Nachhaltigkeitsdezernates“ blieb zum Schutz der verschiedenen guten BewerberInnen bis zum Schluss vertraulich. Parallel zur Entscheidung über die Bewerbung konnte auch ein neuer Anstoß für

einen besseren Nutzen-/Lastenausgleich bei der Regionsumlage gefunden werden, der sich jetzt in der Praxis bewähren muss. Ein guter Anfang für Andrea Fischer als Dezernentin in der Region Hannover.

Viel Erfolg bei der Arbeit wünschen

**DORIS KLAUNDE
ENNO HAGENAH**

GRÜNES SOMMERFEST IM SCHULBIOLOGIEZENTRUM HANNOVER

Der Ort für das Sommerfest am 8. September, zu dem der Stadtverband der Grünen eingeladen hatte, war perfekt gewählt: Zentral und gleichzeitig mitten im Grünen bot das Schulbiologiezentrum die Möglichkeit zu entspanntem Austausch und erster Ideenfindung für den Wahlkampf.

Gemeinsam mit den Mitgliedern wurde bei bestem Wetter in gemütlicher Atmosphäre noch einmal der Erfolg der Kommunalwahl gefeiert und Kraft für den anstehenden Landtagswahlkampf getankt. Im Anschluss an die Begrüßung des Stadtvorstandes gab Anja Piel als Landesvorsitzende und niedersächsische Spitzenkandidatin einen Ausblick auf Herausforderungen der kommenden Landtagswahl und machte deutlich, dass das Land Niedersachsen dringender denn je mehr GRÜN für Umwelt, Bildung, BürgerInnenrechte und eine solidarische Gesellschaft benötigt. Den Schwung der Kommunalwahl sollten alle nun in die Landtagswahl mitnehmen.

Bei der darauf folgenden Führung konnten unsere interessierten Mitglieder die im Schulbiologiezentrum beheimatete Pflanzenvielfalt unter anderem im Farb- und Apothekergarten oder auch dem Tropenhaus bestaunen und Lehrreiches über die verschiedenen Pflanzen erfahren. Beim letztem offiziellen Programmpunkt trug die Improtheater-einlage der Gruppe Spielweiber zur Erheiterung des Publikums bei. Bereits die Eingangsfrage „Welche Farbe mögt ihr am wenigsten?“ sorgte für Gelächter, nachdem das Publikum den SchauspielereInnen mehr oder weniger einhellig die Farbe Gelb als Antwort geliefert hatte. Ein Schelm wer dabei an politische Zusammenhänge denkt!

Fürs leibliche Wohl sorgten die freiwilligen GrillmeisterInnen mit einer breiten Palette vegetarischer Köstlichkeiten.

Noch nach Sonnenuntergang saßen die letzten Gäste zusammen, unterhielten sich und genossen einen der letzten schönen Sommertage.

Motiviert und mit vielen neuen Ideen starten wir nun in den Landtagswahlkampf.

TOBIAS LEVERENZ

tobias.leverenz@gruene-hannover.de



RATSHERR PAT DRENKE & GRÜNE LANDESVORSITZENDE ANJA PIEL



SG DÖHREN MIT DIREKTKANDIDATIN EVA MARIA HARTMANN 2.v.r.



FÜHRUNG MIT FRAU DR. REGINE LEO rechts



AUS DEM RATHAUS

Bund und Land müssen mehr für bezahlbaren Wohnraum tun

Bis 2025 wächst Hannover voraussichtlich um 12.000 EinwohnerInnen auf dann ca. 527.000 Menschen (+ 2,3 %). In der Folge brauchen wir mehr bezahlbaren Wohnraum durch Neubauten und Bestandsmodernisierungen nach Kriterien wie Energieverbrauch, Altersbedarf, Barrierefreiheit. Handlungsbedarf besteht insbesondere im niedrigen und mittleren Mietpreissegment. Hierfür brauchen wir von Bund und Land bessere Förderbedingungen. Die schwarz-gelben Regierungen in Bund und Land haben durch ihre ungerechte und kurzsichtige Kürzungspolitik im Baubereich - insbesondere bei der Städtebauförderung und dem Programm Soziale Stadt - die Situation verschärft. Die notwendigen Fördermaßnahmen müssen jetzt fortgeführt und finanziell ausreichend ausgestattet werden.

Wichtige Bausteine auf Bundesebene für mehr Neubauinvestitionen sowie bedarfsgerechte Bestandsmodernisierungen, insbesondere im niedrigen/mittleren Mietpreisniveau, sind aus Grüner Sicht folgende: a) Sicherung der sozialen Wohnraumförderung für den Zeitraum 2014-2019 für Sozialwohnungen (entsprechende Zahlungen des Bundes an die Länder auch nach 2013 fortführen und Zweckbindung beibehalten).

b) Dringende Aufstockung und Verstärkung der Städtebaufördermittel auf mindestens 610 Millionen € und Fortführung des erfolgreichen Programms Soziale Stadt mit nicht-investiven Maßnahmen. c) Einrichtung eines grünen Energiesparfonds u. a. mit einem Volumen von 2 Mrd. € für Wärmeenergieeffizienzmaßnahmen vor allem in Stadtteilen mit hohem Anteil einkommenschwacher Haushalte. d) Die Mittelausstattung der kfw-Programme „Energieeffizient Bauen“ und „Energieeffizient Sanieren“ sollen dauerhaft und verlässlich erhöht werden (auf zwei Milliarden €). Dabei ist das kfw-Programm „Altersgerecht Umbauen“ zu optimieren (Zuschussvariante gegenüber Kreditvariante stärken, Kombinationsmöglichkeiten mit der energetischen Gebäudemodernisierung ausbauen). Für Niedersachsen besteht die zentrale Forderung, dass auch das Land eigene Finanzmittel für die soziale Wohnraumförderung bereitstellt, anstatt es bei den Bundesmitteln für den Zweck bewenden zu lassen.

Anhörung zur Integration von Menschen mit Behinderungen in den Arbeitsmarkt

Auf Grüne Initiative hin fand im Juli eine Anhörung im Sozialausschuss zum Thema „Menschen mit Behinderung im Arbeitsleben“ statt. Resümee: Die Lage ist ernst, aber

nicht hoffnungslos. Gegenüber nicht behinderten Menschen behalten zwar mehr Schwerbehinderte ihren Arbeitsplatz. Sind sie jedoch arbeitslos, bleiben sie es länger. Lob gab es von Fachleuten für die Verwaltung der Stadt Hannover: Anstelle gesetzlich geforderter 376 Menschen mit Behinderung beschäftigt sie 541.

Grabsteine ohne ausbeuterische Kinderarbeit

Die letzten Grünen Seiten berichteten bereits über unsere Antragsinitiative zwecks Ausschluss von Grabsteinen und -einfassungen aus ausbeuterischer Kinderarbeit auf städtischen Friedhöfen. Der rot-grüne Antrag für eine Änderung der Friedhofssatzung wird nun in den Ratsgremien beraten. Erfreulicherweise legt die Stadtverwaltung eine ergänzende Ratsdrucksache vor, wonach der Ausschluss von Grabsteinen und -einfassungen aus Kinderarbeit unmittelbar Bestandteil der Friedhofssatzung wird. Zur Frage der Rechtssicherheit einer solchen Satzung geht das für das Bestattungsrecht zuständige Sozialministerium davon aus, dass Gemeinden aufgrund der geltenden Rechtslage solche Satzungsbestimmungen erlassen können und sich bei einem gerichtlichen Verfahren in Niedersachsen keine Beanstandungen ergeben würden.

MITGLIEDSBEITRÄGE UND SPENDEN

Die Partei Bündnis 90/DIE GRÜNEN freut sich über jede Spende und ist von der regelmäßigen Zahlung der Mitgliedsbeiträge abhängig. Der Mitgliedsbeitrag beträgt ein Prozent des Nettoeinkommens. Beitragsanpassung dringend erwünscht! Hierzu reicht ein Anruf oder eine Mail. Auch Einzugsermächtigungen könnt Ihr uns ganz einfach telefonisch oder per Mail erteilen!

Bei Fragen meldet Euch in der Geschäftsstelle der Partei

AUSFLUG ALS SCHWARM



REGINE KRAMAREK, LOTHAR SCHLIECKAU

SCHWARMKUNSTWERK IN DER ALTSTADT

Der Ruf der hannoverschen KünstlerInnen Ulrike Enders, Dagmar Schmidt, Kerstin Schulz, Franz Betz und der Journalistin Susanne Lindau verhallte nicht ungehört. Sobald die Fraktion von dem Projekt erfuhr, war klar: Da machen wir mit.

Alles ist käuflich und hat seinen Preis – das gilt auch für Kunst und Sex. Tausende neonfarbene Preisetiketten vermitteln nun in Hannover diese Botschaft. Sie kleben quer durch die Innenstadt, an Säulen, Pollern, in Gebäuden. Und diese Etiketten verteilen nicht nur Künstlerinnen und Künstler, sondern alle, die dazu Lust haben. So entsteht der Schwarm und sein Produkt: Das Schwarmkunstwerk, geschaffen von Teams und nicht von EinzelkämpferInnen.

Am vereinbarten Ort, der Kreuzkirche, angekommen, bekamen wir gleich eine Etikettiermaschine in die Hand gedrückt. Nun hieß es, sich einen der mit Alufolie präparierten Pfeiler auszusuchen, und los ging es. Zunächst mussten wir eine Entscheidung treffen: Wollten wir farbliche

Konstruktionen oder gegenständliche Darstellungen schaffen oder alles dem Zufall überlassen? Schon bald begleitete unsere Arbeit das Klackern der Maschinen; selbst ein kurzer Schauer konnte uns nicht stoppen. Zahllose grellgrüne oder orangene Preisetiketten mit Aufdrucken wie „24,99 €“, „Sonderpreis“ oder „0,55 €“ schmückten bald die Pfeiler und ließen die Grundierung aus Alupapier verschwinden.

„Diese Aktion hat einfach Spaß gemacht, und ihr Ergebnis ist ein eindrucksvoller Anlass, über die Ökonomisierung unseres Lebens nachzudenken“, fasste Oliver Kluck, der kulturpolitische Sprecher der Fraktion, das gemeinsame Erlebnis zusammen. Und Sabine Nolte-Vogt, gleichstellungspolitische Sprecherin, rief in Erinnerung, dass Sexarbeit in Deutschland ein gewichtiger Wirtschaftszweig mit schätzungsweise 15 Milliarden Euro Umsatz im Jahr ist. Die SexarbeiterInnen sind dabei nicht die NutznießerInnen. „Sie werden weiterhin moralisch diskriminiert

oder gar kriminalisiert. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass der Beruf der Sexarbeit unter rechtsstaatlichen und menschenwürdigen Bedingungen ausgeübt werden kann“, erklärte Sabine.

Wenn Ihr in diesem Frühherbst durch Hannovers Innenstadt geht, werden Euch an allen möglichen Ecken Millionen von Sonderpreisetiketten begegnen und dazu anregen, Euch mit den Themen Intimität, Sexualität, Käuflichkeit, Kunst und Kommerz auseinanderzusetzen.

Mehr Informationen zum Kunstprojekt unter

www.strichcodehannover.wordpress.com

RUTH WENZEL

ruth.wenzel.gruene@
hannover-stadt.de



"WER SO TRAINIERT, VERLETZT SICH NICHT"

Ingrid Wagemann im Interview mit Maurice Kaiser, seit über 6 Jahren aktiv in der Sportart Parkour



MAURICE KAISER IN AKTION

KONTAKT: LORENZ@PARKOURONE.COM

Parkour – was ist das überhaupt, wofür steht das?

Parkour ist effiziente Bewegungskunst. Es geht darum, mit komplett freier Bewegungsgestaltung den Weg zu machen. Voraussetzung ist völlige Konzentration und Leichtigkeit in der Bewegung, wir nennen es "Flow". Parkour ist auch Auseinandersetzung mit Körper und Geist, dazu gehört die Selbsteinschätzung der eigenen Grenzen und Möglichkeiten. Parkour kommt ursprünglich aus Frankreich: David Belle lernte als Kind von seinem Vater, einem ehemaligen Vietnam-soldaten, die "Méthode Naturelle", eine Kunst der Bewegung durch die Landschaft mit ihren natürlichen Hindernissen. Er hat die Idee in einer Vorstadt von Paris für den urbanen Raum weiterentwickelt.

Was ist für dich das Besondere an Parkour?

Mir ist es eine Herzensangelegenheit, eine Lebenseinstellung. Denn zu Parkour gehören auch Respekt und Toleranz. Respekt vor mir selber, vor meinem Körper. Ich mache Sprünge, die mir gut tun. TraceurInnen machen nichts kaputt, sie stehen niemandem

im Wege. Richtig angewendet, gibt es keine Verletzungen. Mich selbst ernst nehmen heißt auch, mich nicht anzulügen. Wenn ich etwas nicht kann, dann ist das eben so. Vielleicht geht es in einem Monat, vielleicht später. Ich trainiere so, dass ich mich am Ende des Tages stärker fühle – seelisch und körperlich.

Was für Leute sind es, die bei Parkour mitmachen?

Meist Jugendliche zwischen 15 und 25. Parkour hat eigentlich nichts mit dem Alter zu tun, aber Jugendliche sind oft mutig und finden neue Sachen spannend. Du kannst in jedem Alter Parkour machen, egal wie dick oder dünn und wie beweglich du bist. Es geht ja immer um die Bewegung im Rahmen deiner Möglichkeiten und Grenzen. In Hannover sind wir etwa 70 Aktive, bisher weniger Frauen als Männer. Wir bieten extra Kurse für Frauen an, denn das Training für sie ist auf Grund physischer Gegebenheiten in einigen Punkten anders als für Männer. So kommen nach und nach Frauen dazu. Der Traceur, die Traceurin, das heißt „der oder die sich den Weg ebnet“, zeigen Techniken und erklären, wie es

sich anfühlen muss, damit es für den Körper gut ist.

Wir nutzen verschiedene Plätze in Hannover, um uns auszutauschen oder andere zu trainieren. Wichtiger Treffpunkt ist der Raschplatz, die Schnecke direkt vor dem Pavillon. Hier gibt es gute Möglichkeiten für verschiedenste Sprünge mit unterschiedlichen Schwierigkeiten. Parkour ist sehr leise, es gibt keinen Alkohol. Teil der Philosophie ist auch das Motto "Sei stark um nützlich zu sein". Deshalb machen wir alles ehrenamtlich.

Betrachtet ihr euch als Teil der Jugendkulturen, mit wem kooperiert ihr?

Eigentlich sind wir eher eine organisierte Sportgemeinschaft. Wir nennen uns "Monkey Movements" und führen mit der hannoverschen Parkour Community Workshops und Veranstaltungen durch. Wir haben zwei wichtige Kooperationen: Das eine ist die evangelische Jugend in Rethen. Mit dem dortigen Regionaldiakon Gunnar Ahlborn organisieren wir die Laatzener Parkour Camps (LPC). Das andere ist das JugendSportZentrum in Hannover, dort bekommen wir viel Unterstützung vom Sozialpädagogen Jan Biskup. Mit

dem JugendSportZentrum veranstalten wir auch die „urban-jungle-meetings“. Dort haben wir gehört, dass es bei der Stadt für Jugendkulturgruppen jetzt finanzielle Unterstützung gibt. Das finden wir gut. Für Veranstaltungen oder für den Ausbau des Parkour-Parks fehlt uns einfach manchmal das Geld. **Im letzten Gespräch mit Parkour-Leuten entstand die Idee, ob ihr die**

schon ziemlich hinüber. Aber für uns ist er ideal. Wir können natürlich nicht dafür sorgen, dass der Platz immer sauber ist. Ich hätte aber durchaus einmal Lust, die Poller mit dem Hochdruckstrahler gründlich zu reinigen und wir könnten mit der Stadt darüber reden, den Platz weiter zu gestalten. Zunächst einmal sind wir sehr froh, dass dort nicht gebaut wird und uns der Treffpunkt

Wir werden schon gut unterstützt, von der Planung bis zu den Kosten und Werbung. Die Leute im JugendSportZentrum und der Kirche in Rethen stehen uns mit Rat und Tat zur Seite. Das ist in anderen Städten nicht unbedingt so.

Public Meeting: jeden Sonntag 12 Uhr, Raschplatz



Patenschaft für den Treffpunkt am Raschplatzes übernehmen wollt.

Das ist eine Idee, über die man gründlich nachdenken muss. Der Platz ist

erhalten bleibt.

Gibt es noch irgendwas, wofür ihr euch von der Stadt mehr Unterstützung wünscht?

INGRID WAGEMANN

ingrid.wagemann@hannover-rat.de



VERANSTALTUNGSHINWEIS

INKLUSION MAL GANZ PRAKTISCH

Regions- und Ratsgrüne planen einen Workshop zur inklusiven Beschulung von Kindern. Am Freitag den 5. Oktober zwischen 14 Uhr und 20 Uhr in den Räumen der Region wird es soweit sein.

Ein wenig Arbeit steht Ignazio Pecorino und Silvia Klingenburg bis zum Oktober noch bevor. Beide Fraktionen wollen zu einem Workshop einladen, der sich ausdrücklich mit der Frage beschäftigt „Welche kommunalpolitische Unterstützung brauchen Schulen, die sich auf den Weg zur Inklusion machen, für kommunalpolitische Unterstützung?“. Die rechtlichen und finanziellen Voraussetzungen, die die Landesregierung geschaffen haben, sind mehr als dürftig und

Niedersachsen ist im Ländervergleich beim Thema „Eine Schule für Alle“ an letzter Stelle.

Trotz dieser Voraussetzungen müssen wir Wege finden, wie die gemeinsame Beschulung von allen Kindern in der Region Hannover umgesetzt werden kann. Das ist das Ziel des kommenden Workshops. Für einen kurzen Input haben wir Ina Korter und den Verein Mittendrin gewonnen. Bevor es in Arbeitsgruppen geht, sollen die Schulformen die Möglichkeit bekommen, ihre Konzepte auf dem Weg zur inklusiven Beschulung als best practice Beispiele vorzustellen. Es kommen die IGS Linden, die Justus von Liebig Schule und die Grundschule Stockhausenstraße aus Neustadt.

Wir hoffen, dass die schulpolitischen Sprecherinnen und -sprecher aus den grünen Fraktionen der Region mit uns gemeinsam, diesen Workshop erfolgreich gestalten. Natürlich freuen wir uns über jede und jeden, die Interesse haben an diesem Thema mitzuwirken. Denn wir wollen nicht länger warten bis bessere Gesetze kommen. Wir wollen sehen und diskutieren was jetzt schon möglich ist. Den genauen Ablauf werden wir mit einer Einladung verschicken. Es soll ein spannender Nachmittag werden - wir freuen uns auf Euch.

SILVIA KLINGENBURG-PÜLM & IGNAZIO PECORINO

GRÜNE PROTESTIEREN GEGEN MEGASTALL IN WIETZEN

WIESENHOF STOPPEN

Die Firma WIESENHOF plant in der Gemeinde Wietzen im Landkreis Nienburg den Neubau eines Schlachthofs mit einer Schlachtkapazität von 250.000 Tieren – täglich! Dies wäre der zweite neue Megaschlachthof innerhalb von zwei Jahren in einem Umkreis von 60 Kilometern um Hannover.

Am 9. August endete die Frist für Einwendungen gegen dieses Bauvorhaben. Mindestens 1300 Bürger schickten dem Gewerbeaufsichtsamt Hannover als zuständiger Genehmigungsbehörde ihre Einwendungen. Vor Ablauf der Frist gingen rund 11.000 Protestmails beim Gewerbeaufsichtsamt und beim Landrat des Kreises Nienburg ein. Zur Kundgebung der AG Land und Tier der grünen Regionsfraktion kamen Grüne VertreterInnen von Bürgerinitiativen, Tierschutzverbänden und Christian Meyer, Sprecher für Landwirtschaftspolitik, Verbraucherschutz, Natur- und Tierschutz der grünen Landtagsfraktion. Sie übergaben dem Leiter des Gewerbeaufsichtsamtes letzte Einwendungen persönlich und stellten sich den Fragen der zahlreich erschienenen MedienvertreterInnen. Was treibt so viele Menschen an, sich zu engagieren? Christiane Hussels, Sprecherin der AG Land und Tier, erklärt: „Der Protest ist notwendig, denn erschärft das Bewusstsein der Öffentlichkeit für eine falsche Agrarpolitik. Hierzulande wird schon jetzt deutlich mehr Hähnchenfleisch produziert, als die Deutschen essen. Der letztes Jahr fertiggestellte Megaschlachthof von Rothkötter in Wietze ist Europas größter Geflügelschlachthof. Dort können bei vollem Betrieb 432.000 Hähnchen pro Tag geschlachtet werden. Nun will Wiesenhof in Wietzen-Holte durch Abriss des alten und Bau eines neuen Schlachthofs die Kapazität von 140.000 auf 250.000 Tiere täglich erhöhen. Damit wird ein ohnehin



ÜBERGABE VON EINWENDUNGEN AN DR. UWE LICHT-KLAGGE, LEITER DES GEWERBEAUFSICHTSAMTES, LINKS MITARBEITERIN ANGELIKA KÖNEMANN

schon knallharter Wettbewerb der Marktführer Rothkötter und Wiesenhof noch einmal verschärft – zu Lasten der gequälten Tiere und der Menschen, die in den landwirtschaftlichen Betrieben und auf den Schlachthöfen arbeiten und dabei immer weniger verdienen. Christian Meyer ergänzt: „Auch die Umwelt leidet durch die Intensivlandwirtschaft, die solche Riesenschlachthöfe beliefert: belastetes Grundwasser und ausgelaugte Böden, Artensterben, Keimbelastung, Resistenzen durch Antibiotikamissbrauch. Hinzu kommen die negativen Folgen des Sojaanbaus in Lateinamerika, woher ein großer Teil des Futters stammt, und die Zerstörung von Märkten in Westafrika durch den Export von Hähnchenfleischresten aus Europa.“ Vor Ort sprechen weitere Gründe gegen den Neubau. Dazu Ulrike Kassube, Mitglied im Nienburger Kreisvorstand der Grünen: „Im neuen Schlachthof würde fast das Doppelte an Trink-

wasser benötigt und eine erhebliche zusätzliche Grundwasserentnahme wäre erforderlich. Was dies für den Wasserhaushalt und die Grundwasserneubildung bedeutet, müsste viel genauer untersucht werden. Beim Abwasser, das in enormen Mengen anfallen würde, gibt es Unklarheiten im Antrag. Auch die Straßen vor Ort sind für den stärkeren LKW-Verkehr nicht ausgelegt, womöglich müssten die SteuerzahlerInnen einen Ausbau finanzieren. Die Menschen, die in der Nähe wohnen, müssten mit deutlich mehr Lärm-, Geruchs- und Keimbelastung rechnen. Last but not least muss bei den sehr niedrigen Löhnen, die in Schlachthöfen üblich sind, damit gerechnet werden, dass die Mehrzahl der Beschäftigten nicht aus der Region kommen wird.“

CHRISTIANE HUSSELS

christiane.hussels@arcor.de



ERZEUGER-VERBRAUCHER-GEMEINSCHAFT FINDET ZUSPRUCH

DIE GRÜNEN HÜHNER KOMMEN

Vor einem Jahr, während des Kommunalwahlkampfes, entstand die Idee: Die Burgdorfer Grünen initiierten die Bildung einer Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaft „GrüneHühner“. Gegen das Angebotsmonopol fabrikartig „erzeugter“ Hühner soll damit (mindestens beispielhaft) die Möglichkeit geschaffen und gefördert werden, Schlachthühner in artgerechter Freilandhaltung, medikamentenfrei und mit Futter aus heimischem ökologischen Anbau aufzuziehen und zu einem fairen Preis den Verbrauchern anzubieten. Unser grünes Mitglied

Wolf von Nordheim suchte und fand in Bauer Suderburg aus Wienhausen denjenigen, der „auf Bestellung“ gesunde und „grüne“ Hühner liefert. Und das nun bereits zum dritten Mal. Cirka 50 schlachtfrische Hühner sind dieses Mal an die Frau und den Mann gebracht worden.

Durch Mund zu Mund Propaganda und so manche Einladung zum gemeinsamen GRÜNEN Huhnessen hat sich diese „Hühnergenossenschaft“ mittlerweile fest in Burgdorf etabliert. Wer zukünftig auch dabei sein will, kann sich unter folgender Adresse

für die „Grünen Hühner“ anmelden:

„GRÜNE HÜHNER“
Wolf v. Nordheim
Holbeinstr. 1
31303 Burgdorf

wolf.vonnordheim@t-online.de

Grünes Mitglied muss hierbei niemand sein. Schon jetzt sind viele Gourmets quer durch die ganze Parteienlandschaft vertreten.

Guten Appetit!

Wünschen die Burgdorfer Grünen



AUS DER REGION

Zwischen Sucht und Normalität – Medienwelten von Kindern und Jugendlichen

Was wir auch tun, Medien sind fast immer daran beteiligt. Nicht selten sind wir darauf angewiesen. Für Kinder und Jugendliche gilt das gleiche. Auch ihre Bedürfnisse nach Bildung, Information und Unterhaltung werden immer mehr durch Medien befriedigt. Sie chatten, spielen, surfen, nutzen Smart-Phones und sehen fern. In den letzten zwei Jahrzehnten sind ihre Medienwelten immer komplexer geworden und dies bringt Probleme mit sich, die wir mit Euch erörtern möchten.

Moritz Becker, Diplom Sozialarbeiter von der Beratungsstelle smiley e.V. aus Hannover wird uns in die Thematik einführen. Anschließend möchten wir mit Euch diskutieren, um Lösungsansätze für unsere kommunalpolitische Arbeit zu formulieren. Wir freuen uns auf eine interessante Diskussion.

Wann: Am 4.10. von 18 bis 20 Uhr;
Wo: Hildesheimer Straße 20, Raum 602

Andrea Fischer ist gewählt

Seit dem 25. September ist es endlich

amtlich. Andrea Fischer kommt aus Berlin in die Region Hannover. Die Regionsversammlung hat die 52-jährige als Dezernentin für die Aufgabenbereiche Finanzen und Gebäude gewählt. Die gebürtige Sauerländerin hat in den vergangenen 30 Jahren in Berlin gelebt und dort gearbeitet. Wir Grüne kennen sie als Gesundheitsministerin und Mitglied des Bundestages. Das Ministerinnenamt bekleidete sie von 1998 bis 2001. Die diplomierte Volkswirtin saß für die Grünen seit September 2011 in der Bezirksverordnetenversammlung Berlin Mitte. Mit Andrea haben wir eine Frau als Dezernentin gewinnen können, die auf Grund ihrer langjährigen politischen und beruflichen Erfahrung mehr als nur geeignet ist, dieses Amt fachlich wie auch menschlich mit Leben zu erfüllen. Die Fraktion freut sich auf die konstruktive Zusammenarbeit mit ihr. Viel Zeit bleibt unserer neuen Dezernentin nicht, um ihre persönlichen Dinge in Berlin zu regeln. Denn sie tritt ihren neuen Job bereits am 1. November an. Wir wünschen ihr viel Glück bei der Wohnungssuche in Hannover, einen guten Start in der

neuen Umgebung und viel Erfolg bei ihrer Aufgabe.

Verkehr:

IHK zeigt sich rückwärtsgerichtet

Die Industrie- und Handelskammer Hannover (IHK) sprach sich für eine autogerechte Stadt aus. Sie will den Vorrang für Busse und Bahnen abschaffen. Auch die Buskaps sollen weg. Diese Vorschläge sind von gestern! Um unsere Klimaschutzziele zu erreichen, müssen mehr Menschen auf den Umweltverbund umsteigen.

Die Vorrangschaltungen an Ampeln müssen bleiben! Denn in einer Grünphase können damit hunderte Fahrgäste über die Kreuzung kommen – das verbessert den Verkehrsfluss. Mit Buskaps halten die Busse direkt auf der Fahrbahn und bieten den Fahrgästen einen sicheren Einstieg und verhindern den Ausstieg direkt auf dem Radweg. Wenn der Bus anfährt, hat er im Verkehr die Nase vorn!

Die Vertreter der IHK sollten das Potenzial des Nahverkehrs erkennen: In einer Stadtbahn sitzen viel mehr Kunden als in 50 Autos – das ist unsere Zukunft!

AUS DEM LANDTAG

Sommerpause fast ohne Sommerlochthemen. Niedersachsens Landespolitik machte Urlaub vor dem entscheidenden Wahlkampf. Ganz im Sinne der CDU-Strategie, bloß keine Zuspitzung oder Aufregungen zu produzieren und möglichst volkstümlich durchzuregieren, machten alle Kabinettsmitglieder fleißig regionale Pressetermine, meist mit bundespolitischer Unterstützung. – Allein die immer wieder aufflammenden Interna über die Wulff-Affäre und einige wenige unangenehme Meldungen, wie die schlechten mathematischen Fähigkeiten von G 8-AbsolventInnen störten den sommerlichen Frieden von David McAllister.

Alles andere wurde nach und nach zumindest medial abgeräumt. Jetzt will man auch wieder sozialen Wohnungsbau unterstützen, nachdem CDU und FDP durch das Verschern der alten Rückflussmittel das Land praktisch handlungsunfähig bei sozialer Wohnungspolitik gemacht haben. Selbst der Ober-Abschieber Schöneemann gibt sich wahlkampfgerecht leutselig. McAllisters Koalition macht schneller Kehrtwenden und verspricht das Gegenteil ihrer bisherigen Politik,

als der Herausforderer Stephan Weil überhaupt ein SPD-Gegenkonzept vorstellen kann. Um dabei landesweit Aufmerksamkeit zu erzielen, kommen manchmal bei der SPD allerdings auch zu detailverliebte Ideen, wie die neuen Regionalbeauftragten aus der Ideenschmiede. Noch ist keine Wechselstimmung im Land.

Es wird unsere grüne Aufgabe sein, in den verbleibenden vier Monaten bis zur Landtagswahl die Scheinheiligkeit dieser kurzfristigen Charmeoffensiven der Koalition, gepaart mit dem Füllhorn des Doppelhaushaltes, offen zu legen. CDU und FDP räumen derzeit auch noch die letzten Finanzreserven des Landes für Wahlgeschenke restlos ab. Wer so handelt und gleichzeitig medial den Obersparmeister abgeben möchte, rechnet nicht mehr damit, die Suppe auch selbst auslöffeln zu müssen. Die vorgeblichen Sparmäuse von CDU und FDP haben es doch wirklich geschafft, in nur acht Jahren gemeinsamer Regierungsarbeit die Schulden des Landes von gut 40 Milliarden Euro Anfang 2003 um ganze 50 Prozent auf über 60 Milliarden Euro hochzutreiben. – Das ist eine desaströse Bilanz!

Es wird ein harter Neubeginn, unter dem Damoklesschwert des Neuverschuldungsverbotes Niedersachsen wieder sozial gerechter, zukunftsfähig bei Bildung und Ausbildung und vor allen Dingen auch ökologisch wieder auf einen positiven Entwicklungspfad zu bringen. Sehr viel wurde in den vergangenen acht Jahren verschlafen, anderes über alle Maßen zum dauerhaften Schaden des Landes vorangetrieben. Die einseitige Ausrichtung der Verkehrspolitik auf den Straßenneubau, die gnadenlose Förderung der Massentierhaltung bei schändlicher Vernachlässigung des Ökolandbaus, unnötige Verzögerungen beim Ausbau der Stromnetze und der Offshore-Windindustrie sind neben den bildungs-, ordnungs- und sozialpolitischen Versäumnissen und Irrwegen von Schwarz-Gelb nur einige weitere Punkte, warum eine Abwahl überfällig ist. – Jetzt kommt es darauf an, dafür die notwendige Unterstützung der WählerInnen gemeinsam zu erkämpfen. Lasst uns loslegen!

ENNO HAGENAH
enno.hagenah@lt.niedersachsen.de
Tel.: 0511 3030-3308



GRÜNE AUF DEM STADTEILFEST LIMMER

Unsere Stadtteilgruppe war mit einem Stand auf dem Stadtteilstfest Limmer am 1. September vertreten. Außer uns war es nur den Linken gelungen einen Stand zu organisieren, so das wir als stärkste Kraft auch hier präsent waren. Unsere Direktkandidatin für den Landtag, Katrin Langensiepen, konnte sich und unsere Politik außerdem auf der Bühne des Stadtteilstfestes vorstellen.

UWE HEIDLER



KATRIN LANGENSIEPEN rechts

NEUE FORM DER MITGLIEDERBETEILIGUNG

GRÜNEN-PANEL FÜR NIEDERSACHSEN



LIZENZ CC-BY-NC 2.0: TORSTEN FIEBIG

Urwahlen sind urdemokratisch. Darum freue ich mich, dass alle 60.000 Grünen-Mitglieder über die Spitzenkandidatur mitentscheiden können. Grün ist eben auch in Fragen der Beteiligung stilbildend. Die anderen Parteien könnten sich daran ein Beispiel nehmen. Schließlich ist Demokratie nicht nur eine gute Idee, sondern sie muss auch immer wieder neu ausprobiert werden. Eine neue Möglichkeit der Beteiligung könnte auch ein „Grünes Panel“ sein, eine nach wissenschaftlichen Kriterien zusammengestellte repräsentative Gruppe von Grünen-Mitgliedern. Anderswo wird das bereits erprobt. So arbeitet auch die Verwaltung in Hannover an einem Bürger-Panel. Rund 1500 EinwohnerInnen sollen in Zukunft per Internet drei- bis viermal pro Jahr zu Themen der Stadtpolitik befragt werden. Die Ergebnisse sollen nicht im Sinne einer Volksbefragung

verbindlich sein, sondern für Entscheidungen mit zu Rate gezogen werden. Vorbild sind ähnliche Formen sogenannter Citizen's Panels in Großbritannien, Dänemark oder den Niederlanden.

Vielleicht könnte ein solches Panel auch für eine Partei ein gutes Instrument zur Meinungsbildung und Entscheidungsfindung sein? Die Zusammensetzung wäre repräsentativ, anonym und nicht direkt beeinflussbar. Die Befragungen könnten interessante Hinweise für inhaltliche Debatten oder die strukturelle Weiterentwicklung der Partei geben.

Ich finde, dass es lohnenswert wäre zu prüfen, in welcher Form und mit welchen Partnern (z.B. aus dem Universitätsbereich) die Einrichtung eines grünen Mitglieder-Panels in Niedersachsen möglich wäre und bei welchen Fragen oder Anlässen es sinnvoll einzusetzen wäre. In einem

ersten Schritt könnte über Kontakte zur Stadt Hannover geklärt werden, ob ein Befragungsmodell für hunderttausende Bürger in abgewandelter Form auch für eine Partei mit rund 5000 Mitgliedern realisierbar ist, und welcher Aufwand und welche Kosten damit verbunden wären.

Ich würde mich über Eure Rückmeldung freuen: Was haltet Ihr von dieser Idee, habt Ihr weitere Anregungen? Schickt einfach eine Mail an: mail@pothmer.de

Ein Hinweis: Für gemeinsame Veranstaltungen habe ich drei verschiedene Aktions-Angebote im Angebot: Kino gegen Rechts, öffentliche Kochaktionen unter dem Motto „Teller statt Tonne“ oder Diskussionsabende wider die soziale Spaltung. Mehr dazu unter: www.pothmer.de

BRIGITTE POTHMER

brigitte.pothmer@bundestag.de



BERICHT AUS BERLIN HANNOVER



DIE GRÜNE-BUNDESTAGSFRAKTION AUF KLAUSUR IN HANNOVER

Der Bericht aus Berlin, heute aus Hannover. Anfang September nach der Sommerpause fand die Klausur der grünen Bundestagsfraktion in der wunderschönen Stadt an der Leine statt. Drei Tage lang debattierten die 68 Abgeordneten im Alten Rathaus in Hannover über die sozial-ökologische Transformation, mit besonderem Fokus auf Niedersachsen. Mit Prof. Neumann vom VW-Vorstand haben wir uns – teilweise auch kontrovers – über den dringend notwendigen Kurswechsel der Autoindustrie ausgetauscht. Wir brauchen strenge ökologische Grenzwerte für sparsame Autos und eine Wende in der Verkehrspolitik, z.B. über einen Ausbau des ÖPNV, des Schienenverkehrs oder Carsharing. Auch über die Landwirtschaft haben wir intensiv diskutiert. Niedersachsen ist die Massentierhaltungsregion Europas, mit verheerenden Folgen für Mensch, Tier und Umwelt. Wir Grüne sind mittlerweile im ländlichen Raum die politische Alternative zur CDU, der Lobbypartei für die Agrar-Großindustrie. Bei der Landtagswahl im Januar wird die Agrarwende deswegen ein zentrales Thema sein. Wir streiten für Bauernhöfe statt Agrarfabriken! Für

die komplette Ablösung von Schwarz-Gelb wird auch Rückenwind aus Berlin gebraucht. In der hannoverschen Erklärung „Gerecht. Glaubwürdig. Grün“ haben wir klar gemacht, worum es in den nächsten Monaten in Niedersachsen, Deutschland und Europa geht:

1. Wir brauchen eine solidarische Bewältigung der Eurokrise, keine unsoziale Kaputtsparpolitik. Notwendig ist u.a. eine harte Regulierung des Finanzsektors, z.B. mit einer Schulden- und Größenbremse für Banken, und ein europäischer Steuerpakt, um Steuerdumping und Steueroasen einen Riegel vorzuschieben.

2. Energiewende: Grün treibt an! Schwarz-Gelb fährt mit den Großkonzernen die Energiewende gegen die Wand und versucht systematisch die Erneuerbaren Energien schlecht zu reden. Die wahren Preistreiber sitzen aber in der Bundesregierung. Wir Grüne wollen für faire Preise sorgen, indem die ausufernde Befreiung der Industrie von den Netznutzungsgebühren, der Umlage des Erneuerbare-Energien-Gesetzes und der Ökosteuern eingeschränkt wird. Es ist klar: Die Energiewende ist bezahlbar. Richtig

teuer wird es, wenn wir nicht handeln, sondern weiter Atom, Kohle und Öl subventionieren und damit den Klimawandel und Umweltzerstörung vorantreiben.

3. Aufbruch für mehr Gerechtigkeit! Wir Grüne wollen einen Aufbruch für mehr Gerechtigkeit organisieren. Weniger Armut, eine gerechte Verteilung und mehr Chancengleichheit sind unsere zentralen Ziele. Dafür brauchen wir umfassende strukturelle Veränderungen – gerade in den Bereichen der Bildung, der Gesundheit, sozialen Sicherheit und der Steuerpolitik. Unsere Konzepte dafür sind u.a.: Mehr Geld für Bildung, gerade für den Kita-Ausbau. Eine BürgerInnenversicherung bei Gesundheit und Pflege, perspektivisch auch bei der Rente. Eine Re-Regulierung des Arbeitsmarktes, gerade bei der Leiharbeit. Eine Vermögensabgabe für MillionärInnen sowie höhere Steuern auf Erbschaften und Spitzenkommen.

Eine andere Politik ist möglich. Sie ist gerecht, glaubwürdig, grün.

SVEN-CHRISTIAN KINDLER

sven-christian.kindler
@bundestag.de



MIT CLAUDIA & SVEN AUF KIOSKTOUR

Abends halb zehn an Onkel Ollis Kiosk an der Lutherkirche: Über der Eingangstür prangt ein riesiges, gelbes Schild mit der Aufschrift „Gorleben ist überall – wir stellen uns quer“. Die Grünen haben hier in der Nordstadt 34 Prozent bei der letzten Kommunalwahl erreicht.

Claudia Roth kommt zusammen mit Sven-Christian Kindler gut gelaunt direkt von der Klausur der Bundestagsfraktion. Bei Onkel Olli treffen sie die Stadtteilgruppe Nord, den Grünen Landtagskandidaten Belit Onay (Wahlkreis Hannover-Bothfeld) und weitere Grüne sowie ein Kamerteam von RTL und PressevertreterInnen. Nach einem kurzen Überraschungsmoment wegen des prominenten Besuchs gibt der Kioskbesitzer Claudia eine Einführung in die Kultur der hannoverschen Kioske, die in ihrer Heimat „Büddchen“ oder „Spätis“ heißen. Sie ist sofort begeistert von dem riesigen Sortiment an internationalen Getränkesorten. Die erste Runde gehe auf sie, nach dem Motto: „Bayrisches Bier meets Bier aus Niedersachsen“, was die ohnehin schon gute Stimmung der TeilnehmerInnen noch weiter hebt.

An weiteren Kiosken, die auf der Tour besucht werden, gleicht sich das Bild: Ein kurzer Moment der Überraschung, dann Freude über den prominenten Besuch und ihrem Interesse an der geschäftlichen Situation und dem Leben der Menschen. Claudia, Sven und die Grünen TourbegleiterInnen zeigen sich überrascht, wie viele unterschiedliche Lebensgeschichten sie innerhalb so kurzer Zeit mitten in Hannover kennen lernen.

Nach mehreren Kiosken und einem Döner-Restaurant bildet die letzte Station die nordstädter Kultkneipe „Destille“. Bei Bier, Pommes und Pfannkuchen lassen die Grünen den Donnerstagabend ausklingen und denken bereits über die nächsten gemeinsamen Aktionen vor Ort nach. Im Urteil über die Aktion herrscht Einigkeit: Die Kiosktour war ein fröhliches Heimspiel auf dem „grünen“ Kiez in der Nordstadt.



CLAUDIA ROTH MIT TV-TEAM IN EINEM NORDSTADT KIOSK



V.L.N.R. BELIT ONAY, CLAUDIA ROTH & SVEN CHRISTIAN KINDLER



LETZTE STATION: KULTKNEIPE DESTILLE

TOBIAS LEVERENZ

tobias.leverenz@gruene-hannover.de



SOLIDARISCH IN DER KRISE

UMFAIRTEILEN



AUFTAKT VON UMFAIRTEILEN AM 3. AUGUST 2012 IN BERLIN

LIZENZ CC-BY-NC 2.0: JAKOB HUBER/CAMPACT

Die neoliberale Steuersenkungspolitik der vergangenen Jahrzehnte hat die soziale Ungleichheit in unserer Gesellschaft verschärft. Studien der OECD und des DIW machen deutlich, dass die Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen in Deutschland in den vergangenen Jahren noch gewachsen ist. Das wohlhabendste Zehntel der Gesellschaft verfügt mittlerweile über mehr als 60 Prozent des Gesamtvermögens, während die ärmere Hälfte der Bevölkerung zusammen nur ein Prozent besitzt. Diese Ungleichheit ist nicht nur sozial ungerecht, sondern gleichzeitig auch eine wesentlich Ursache der Finanzkrise. Die großen Vermögen werden auf der Suche nach einer hohen Rendite hauptsächlich an den Finanzmärkten angelegt. Das führt zu Spekulationsblasen und verschärft die Krise.

Demgegenüber steht eine strukturelle Unterfinanzierung der öffentlichen

Haushalte in Bund, Länder und Kommunen. Es ist nicht genug Geld da, um notwendige öffentliche und soziale Leistungen zu erbringen, mehr in soziale Gerechtigkeit, Bildung und den ökologischen Umbau zu investieren sowie ausreichend Mittel für internationalen Klimaschutz und Entwicklungszusammenarbeit aufzubringen.

Die gigantischen Vermögen, die selbst in Krisenzeiten weiter wachsen, werden kaum oder gar nicht besteuert. Jetzt müssen endlich auch die MillionärInnen an den Kosten der Krise beteiligt werden, am besten europaweit: Unser Konzept ist die grüne Vermögensabgabe. Damit lassen sich innerhalb von 10 Jahren 100 Milliarden Euro einnehmen, um die Kosten der Krise zu finanzieren. Außerdem wollen wir große Erbschaften, Kapitalerträge und Spitzeneinkommen höher besteuern.

Wir brauchen einen Politikwechsel

für mehr Steuergerechtigkeit und Umverteilung. Darum ist es gut, dass sich – trotz unterschiedlicher Positionen in einzelnen Themen – das Bündnis „umFAIRteilen“ aus Gewerkschaften, Sozialverbänden und zahlreichen anderen Gruppierungen, gegründet hat. Als Grüne unterstützen wir das Bündnis „umFAIRteilen“. Wir schließen uns den Aktivitäten an und werden beim bundesweiten Aktionstag am 29. September auch hier in Hannover auf die Straße gehen. Ziel ist es auch diese schwarz-gelbe neoliberale Klientelkoalition und ihre Steuersenkungsagenda für Reiche bei der Bundestagswahl abzuwählen. Wir brauchen breite gesellschaftliche Bündnisse, um als Grüne ab 2013 eine andere, eine gerechte Steuerpolitik

SVEN-CHRISTIAN KINDLER

sven-christian.kindler
@bundestag.de



SCHWARZ-GELB VERSAGT BEI DER ARMUTSBEKÄMPFUNG

BRIGITTE POTHMER IM INTERVIEW

Ministerin von der Leyen behauptet, dass CDU und FDP mit ihrer Lohnpolitik, dem Bildungspaket und der Zuschussrente erfolgreich Armutsbekämpfung betreiben. Brigitte Pothmer sagt dazu im Interview: Wieder mal ein schwarz-gelbes Täuschungsmanöver!

Nachgefragt: Neue Berichte zeigen: Immer mehr Menschen haben immer weniger Geld in der Tasche. Und dabei gilt Deutschland doch als reiches Land. Warum wächst die Armut?

Brigitte Pothmer: Die schwarz-gelbe Regierung macht keine Politik für die Bedürftigen. Im Gegenteil – sie weitet prekäre Beschäftigungsverhältnisse aus und leistet damit einen Beitrag zur Vertiefung der sozialen Spaltung.

Nachgefragt: Wie passt es vor diesem Hintergrund zusammen, dass die Arbeitsministerin Ursula von der Leyen Lobeshymnen auf Schwarz-Gelb verbreitet und sich selbst als Armutsbekämpferin feiert?

Brigitte Pothmer: Die Ministerin täuscht die Öffentlichkeit. Ihr Statement zum neuen Armutsbericht besteht komplett aus Falschaussagen. Erstens: Sie redet von Mindestlöhnen, verhindert mit ihrer Regierung aber die Einführung von flächendeckenden Mindestlöhnen. Zweitens: Sie geht nicht gegen den ausufernden Niedriglohnsektor vor. Gerade erst hat das Kabinett die Ausweitung von Minijobs beschlossen und wir wissen, dass 80 Prozent der Minijobs Hungerlöhne bedeuten. Und drittens: Das schwarz-gelbe Bildungspaket ist ein bürokratisches Monster und kommt bei den bedürftigen Kindern nicht an, und

von der hochgelobten Zuschussrente profitieren nur die allerwenigsten Beitragszahler.

Nachgefragt: Was muss geschehen, um die dramatische Entwicklung zu stoppen?

Brigitte Pothmer: Wir brauchen ein ganzes Maßnahmenpaket: flächendeckende Mindestlöhne, faire Beschäftigungsverhältnisse, gute Schulen, die keine Kinder zurücklassen, und der Regelsatz bei Hartz IV muss angehoben werden. Wir brauchen dringend eine Garantierente; und die Reichen müssen endlich an der Krisenbewältigung beteiligt werden. Dafür brauchen wir eine Vermögensabgabe.

JUGENDKULTUREN VON DER JUGEND GEFÖRDERT

MUTIGER ANTRAG IM JUGENDHILFEAUSSCHUSS

Wir wollen, dass ein neuer, anderer Fokus auf Kinder- und Jugendarbeit gelegt wird. Deshalb haben wir zum Haushaltsjahr 2012 diesen Antrag in den Rat und Jugendhilfeausschuss eingebracht und entsprechende Mittel eingesetzt: Ab sofort gibt es die Möglichkeit der Unterstützung verschiedener Jugendaktivitäten aus dem neu eingerichteten Jugendkulturtopf. Egal ob Verein oder Initiative, Innenstadt oder Randlage, wenn es um die Anmietung einer Sporthalle geht, um die Durchführung einer Veranstaltung oder eines Workshops, um Material für Rampenbau oder den Ausbau des Parkour-Parks. 50.000 Euro sind ab 2012 jährlich eingesetzt, um damit möglichst unbürokratisch, flexibel und schnell Jugendliche in ihren Aktivitäten zu unterstützen – und das ohne Pädagogin oder Pädagogen oder

Gemeinnützigkeitserklärung.

Die Mittel werden nicht durch die Verwaltung vergeben oder die Politik, sondern mit dieser Aufgabe wird ein Beirat beauftragt, der aus fach- und sachkundigen Jugendlichen und jungen Erwachsenen besteht. Die Mitglieder des Beirates sind Roxanne Meusel aus der Graffiti-Szene, Daniel May aus der Yard Skatehall, Franziska Schultze aus der Musikszene in Richtung Indie und Grunge, Felix Rund für die BMXer und BMXerinnen, Kristina Maktsaeva vertritt die HipHop-Szene, Lukas Thierau für die Dirtbike-Szene, Alexandra Zaminer vertritt Musikrichtungen wie Reggae, Dub, Drum'n'Bass und Punk und Christopher Friedrichs engagiert als im Bereich Parcours-Sport. Beraten wird der Beirat von Sabine Bussmann vom MusikZentrum Hannover und von Nicole Wachsmuth aus dem Jugend-

sportzentrum. Auch wenn hier nicht alle Jugendkulturrichtungen vertreten sein können, bilden die Mitglieder eine große Vielfalt der Jugendkultur-szene ab.

In der konstituierenden Sitzung vor den Sommerferien verständigten sich die Mitglieder über die zukünftigen Aufgaben. Im September hat der Beirat ein zweites Mal getagt. Er hat sich eine Geschäftsordnung gegeben und bereits gute Entscheidungen über die ersten Anträge aus den Kulturszenen getroffen – weitere sind willkommen! Viele PolitikerInnen mögen zwar etwas älter sein, aber sie sind offen für Neues und Kulturen, die nicht von gestern sind.

INGRID WAGEMANN

ingrid.wagemann@
hannover-rat.de



IMPRESSUM

Grüne Seiten sind das Mitteilungsblatt des Regionsverbands Hannover von Bündnis 90/Die Grünen, Senior-Blumenberg-Gang 1, 30159 Hannover.

An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet: Enno Hagenah, Doris Klawunde, Carolin Jaekel, Sven-Christian Kindler, Brigitte Pothmer, Thorsten Fiebig, Dirk Musfeld, Norman Seibert, Michèle Kahl, Uwe Heidler, Christiane Hussels, Ingrid Wagemann, Günther Wulfert, Ruth Wenzel, Rahel Missal, Tobias Leverenz, Urs Mansmann, Janine Drolinvaux, Elke Wohlfarth (V.i.S.d.P.).

Druck: Forum Druck, Striehlstr. 11, 30159 Hannover, Tel. 0511-1316224.

Gedruckt auf 100 Prozent Recycling-Papier.

Versand: Lister Copy und Büro Service, Pelikanstr. 13 A, Tel. 0511-96546-0

Grüne Seiten werden kostenlos an alle Mitglieder von Bündnis 90/Die Grünen Regionsverband Hannover verschickt. Ausgabe 04/12 erscheint voraussichtlich im Dez 2012.



Bündnis 90/Die Grünen
Senior-Blumenberg-Gang 1
30159 Hannover

Tel. 0511/300 88 66,
Fax 0511/300 89 66

region@gruene-hannover.de
www.gruene-hannover.de

Bankverbindung:
Kontonr.: 8418700
Bank für Sozialwirtschaft
Bankleitzahl: 251 205 10



**DIE GRÜNE JUGEND TRIFFT SICH
JEDEN MITTWOCH UM 18.00 UHR
IM GRÜNEN ZENTRUM.**

**INTERESSENTINNEN SIND
HERZLICH WILLKOMMEN!**

TERMINE

- | | | | |
|--|--------------------|---|--------------------|
| 01.10.
Antibiotika: Ein notwendiges Übel in der Tierhaltung? Podiumsdiskussion des Stadtverbands Springe.
Helmut Schmieder Halle; Neue Rodenbeeke, 31832 Springe; OT Alvesrode | 19:00-21:00 | 23.10.
AG Land & Tier
Senior-Blumenberg-Gang 1, UG | 18:30-20:30 |
| 02.10.
Grünes Bezirksrätetreffen, Senior-Blumenberg-Gang 1, UG | 18:00-20:00 | 30.10
AG Frauen, Senior-Blumenberg-Gang 1, 1.OG | 18:00-20:00 |
| 04.10.
Medienwelten von Kindern und Jugendlichen - Zwischen Sucht und Normalität Hannover, Haus der Region, Raum 602 | 18:00-20:00 | 10.11.
Wir haben es satt- Demo in Hannover | |
| 04.10.
Parteirat, Senior-Blumenberg-Gang 1, UG. | 19:00-21:00 | 01.11.
AG Migration, Senior-Blumenberg-Gang 1, 1.OG | 18:00-20:00 |
| 04.10.
AG Migration, Senior-Blumenberg-Gang 1, 1.OG | 18:00-20:00 | 01.11.
AG Umwelt & Energie, Senior-Blumenberg-Gang 1, UG | 18:00-20:00 |
| 05.10.
Eine Schule für alle - Mal ganz praktisch. Ein kommunalpolitischer Workshop. Hildesheimerstr. 18 (Regionshaus) Raum 001 | 14:00-20:00 | 06.11
AG Bauen, Wohnen und Verkehr
Senior-Blumenberg-Gang 1, UG | 18:15-20:15 |
| 08.10.
AG Umwelt, Haus der Region, Hildesheimerstr. 20, Raum 62 | 17:30-19:30 | 06.11
AG Sport, Senior-Blumenberg-Gang 1, EG | 18:15-20:15 |
| 08.10.
AG Kultur, Senior-Blumenberg-Gang 1, UG | 18:00-20:00 | 12.11
AG Umwelt, Haus der Region, Raum 62 | 17:30-19:30 |
| 08.10.
AG Soziales, Senior-Blumenberg-Gang 1, 1.OG | 18:00-20:00 | 12.11
AG Kultur, Senior-Blumenberg-Gang 1, UG | 18:00-20:00 |
| 08.10.
Europäische Integration – um welchen Preis? Auftaktveranstaltung zur Infotour: Mehr Mut zu Europa! Künstlerhaus Hannover, Sophienstr. 2, 30159 Hannover | 19:00-21:00 | 12.11
AG Soziales, Senior-Blumenberg-Gang 1, 1.OG | 18:00-20:00 |
| 09.10.
Wirkungen und Perspektiven der Sozialen Stadt - Informationsveranstaltung und Podiumsdiskussion der Hannoverschen Initiative für Soziale Stadt (HISS)
Kulturtreff Vahrenheide, Wartburgstraße 10, 30179 Hannover | 19:00-21:30 | 15.11.
Letzte Ausfahrt Athen. Griechenlanderlebnisse, Eindrücke & politische Analysen, mit Sven Christian Kindler & Eva Maria Hartmann, Restaurant Ouzeri, Hildesheimerstraße 335-337, 30519 Hannover | 20:00-22:00 |
| 16.10.
AG Organisation & Personal
Neues Rathaus, Raum Leipzig | 15:15-16:00 | 15.11.
Filmvorführung: Raising Resistance, Senior-Blumenberg-Gang 1, UG bei Petra K | 19:00-21:00 |
| 16.10.
AG Kinder und Jugend, Senior-Blumenberg-Gang 1, UG | 18:15-20:15 | 16.11. - 18.11.
Bundesdelegiertenkonferenz in Hannover, HCC, Theodor-Heuss-Platz 1 | |
| 16.10.
Mitgliederversammlung Stadtverband Hannover, Wahlkreisversammlungen zur Wahl der BundestagsdirektkandidatInnen in den Wahlkreisen 41 (Hannover-Stadt I) und 42 (Hannover-Stadt II) | 18:30-21:00 | 20.11.
AG Organisation & Personal
Neues Rathaus, Raum Leipzig | 15:00-16:00 |
| 17.10.
AG Schule, Senior-Blumenberg-Gang 1, EG | 18:00-20:00 | 20.11.
AG Kinder und Jugend
Senior-Blumenberg-Gang 1, UG | 18:15-20:15 |
| | | 21.11.
AG Schule,
Senior-Blumenberg-Gang 1, EG | 18:00-20:00 |
| | | 20.11.
AG Land & Tier
Senior-Blumenberg-Gang 1, UG | 18:30-20:30 |
| | | 24.11.
Mitgliederversammlung Regionsverband, Votenvergabe für die Bundestagsliste, Wahl der LDK Jahresdelegierten & der LDK Delegierten nach Wahlrecht für die Listenaufstellung, Altes Magazin, Kestnerstr. 18, 30159 Hannover | |